



Kölner Forum für Internationale Beziehungen  
und Sicherheitspolitik e. V.

In Kooperation mit:

Multilateraler Dialog KAS



**Verlängerter „Call for Papers“ (CfP)  
zur AIES-KFIBS-Nachwuchstagung 2021  
für Europawissenschaftler(innen) und Südosteuropaforscher(innen)**

Thema:

**Die EU-Westbalkan-Beziehungen in Zeiten großer Herausforderungen:  
Europäische Solidarität in der Bewältigung der Corona-Krise?**

Veranstaltungstermin:

- 3. Dezember 2021 (Fr.)

Veranstaltungsart:

- Präsenzveranstaltung in Nordrhein-Westfalen (NRW), Deutschland (genauer Ort wird noch bekannt gegeben!)

Das Kölner Forum für Internationale Beziehungen und Sicherheitspolitik e. V. (KFIBS) in Zusammenarbeit mit dem Austria Institut für Europa- und Sicherheitspolitik (AIES) mit Sitz in Wien lädt hiermit interessierte Wissenschaftler(innen) zur diesjährigen Tagung „Die EU-Westbalkan-Beziehungen in Zeiten großer Herausforderungen: Europäische Solidarität in der Bewältigung der Corona-Krise?“ ein. Diese findet im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Deutsch-österreichische Nachwuchsdebatten zur Zukunft der EU“ statt. Seit dem Jahr 2017 organisiert

das AIES in Kooperation mit dem KFIBS e. V. mit Sitz in Brühl (Rheinland), Deutschland, jährlich Tagungen zu aktuellen europapolitischen Themen, welche primär auf wissenschaftliche Nachwuchskräfte ausgerichtet sind. Erweitert wird die Runde der Kooperationspartner im Jahr 2021 durch die KAS Wien.

Für die Westbalkan-Region gilt seit dem Ende der interethnischen Konflikte der 1990er-Jahre die europäische Perspektive bzw. die EU-Perspektive als der beste Garant für Frieden, Stabilität, Sicherheit und wirtschaftliche Entwicklung. Die EU-Perspektive bekam mit dem im Jahr 2003 stattgefundenen Gipfel in Thessaloniki (Griechenland) auch eine klare institutionelle Form. Von den anfänglich sehr optimistisch anmutenden Aussagen des ehemaligen EU-Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker (2014-2019) mit einer Beitrittsperspektive für 2025 ist man in jüngster Zeit mit eher nüchtern klingenden Äußerungen der derzeitigen EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (seit dem 1. Dezember 2019 offiziell im Amt) konfrontiert. Paraphrasiert redet man auf europäischer Ebene inzwischen eher von einer Annäherung an die EU als von einem klaren Datum für den EU-Beitritt.

Somit scheint die EU, belastet durch die vielen Krisen der letzten zwei Dekaden (Stichwörter sind: globale Finanzkrise, europäische Schuldenkrise, Migrationskrise in Europa und Brexit), vom Erweiterungsprozess müde geworden zu sein. Hinzu kommt: Die anhaltende Corona-Krise scheint – sehr zum Nachteil der Beitrittskandidaten des Westbalkans – diese Müdigkeit eher noch zu verstärken. Denn eins haben all diese Krisen gemeinsam: Sie haben das Fundament, auf dem die EU fußt, nämlich die europäische Solidarität, auf den Prüfstand gestellt.

Während sich die EU zu Beginn der Corona-Krise aufgrund der inadäquaten, unkoordinierten und langsamen Antwort sowie der mangelnden Solidarität großer Kritik ausgesetzt sah, hat man sich auf dem Westbalkan – in großer Sorge vor dem drohenden Kollaps der nationalen Gesundheitssysteme – auch um andere Partner in der Krise bemüht. Insofern bekam die globale Gesundheitskrise auf dem Westbalkan eine geopolitische Dimension, die bis heute nachwirkt.

Trotz der vielen EU-Hilfen für den gesamten Westbalkan während, aber auch schon vor der Corona-Krise machte sich ein Gefühl mangelnder Solidarität der EU in der Region breit. Dafür aber versuchte insbesondere die Volksrepublik China, medientauglich mit medizinischen Lieferungen ihren politischen und wirtschaftlichen Einfluss auf dem Westbalkan weiter auszubauen. Das traditionell am Westbalkan sehr stark interessierte Russland hat auf die gleiche Art und Weise versucht, die eigene Stellung in der Region zu stärken. Somit ist die Solidarität in der Corona-Krise auf dem Westbalkan zu einer geopolitischen Frage geworden, die sich zwangsläufig auf die Beziehungen zwischen der EU, China und Russland auswirkt. Für die EU hat somit der Westbalkan eine weitere außenpolitische Dimension bekommen.

Die Tagungsbeiträge können u. a. auf folgenden Fragen basieren:

- 1.) Welche Zukunft hat der Beitrittsprozess der Westbalkanstaaten in Anbetracht der aktuellen Krise und der „Erweiterungsmüdigkeit“ der EU?
- 2.) Auf welche Entwicklungen hat die EU in den verschiedenen Politikfeldern (Außenpolitik, innere und äußere Sicherheit, Wirtschaft, Bildung und Forschung, Energie, Klimaschutz usw.) positiven Einfluss auf die jeweiligen Länder des Westbalkans genommen?
- 3.) Ist der Westbalkan zu einem Zankapfel im geopolitischen Spiel zwischen der EU, China und Russland geworden?

Mit dieser vierten Tagung im Rahmen der gemeinsamen Veranstaltungsreihe des AIES und des KFIBS e. V. soll vor allem jungen Politikwissenschaftlerinnen und Politikwissenschaftlern die Möglichkeit geboten werden, sich aktiv am wissenschaftlichen und politikpraktischen Diskurs zu beteiligen. Dabei soll es zu einer binationalen Zusammenarbeit zwischen den beiden Institutionen sowie zu einem regen wissenschaftlichen und praxisorientierten Austausch zwischen dem deutschen und österreichischen Nachwuchs im Bereich der Europa- und Südosteuropaforschung kommen. Entsprechende Vorschläge für Tagungsbeiträge in Form von Abstracts (ca. 400 Wörter), die sich diesen und anderen Fragen widmen, können bis spätestens zum 15. November 2021 (Mo.) bei *Sofia Maria Satanakis* ([sofia-maria.satanakis@aies.at](mailto:sofia-maria.satanakis@aies.at)), „AIES Senior Research Fellow“ und zugleich Mitglied und Autorin der KFIBS-Forschungsgruppe „Europa/EU“, oder bei *Dr. phil. Sascha Arnautović* ([sascha.arnautovic@kfibs.org](mailto:sascha.arnautovic@kfibs.org)), u. a. Sprecher der KFIBS-Forschungsgruppe „Südosteuropa“, eingereicht werden.